

KAS INTERNATIONAL

INFORMATIONEN AUS DER HAUPTABTEILUNG **INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT**



POLITISCHER DIALOG:
Volker Kauder MdB, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, besuchte vom 15. – 17. April 2009 die Republik Korea.



MEDIEN:
Anlässlich der Präsidentschaftswahlen in Südafrika führte das Medienprogramm gemeinsam mit der Deutschen Welle einen regionalen Journalistenworkshop durch.



MENSCHENRECHTE:
Die Menschenrechtlerin Somaly Mam diskutierte am 22. April 2009 mit Politikern über Ursachen von Menschenhandel und Möglichkeiten der Bekämpfung.



WERTE- UND RELIGIONS-DIALOG:
Im Rahmen des Dialogprogramms „Kultur des Friedens“ traf Dr. Josef Homeyer, Bischof em. von Hildesheim, mit Karekin II, Patriarch von Armenien, zusammen.

INHALT

- Seite 2
Editorial
- Seite 3
Schwerpunktthema
- Seite 4
Rechtsstaat
- Seite 6
Medien
- Seite 8
Politischer Dialog
- Seite 10
KAS Panorama
- Seite 12
Demokratie und Entwicklung
- Seite 14
Menschenrechte
- Seite 15
Werte- und Religionsdialog
- Seite 16
Wirtschafts- und Sozialordnung
- Seite 18
Energie und Umwelt
- Seite 19
Neuigkeiten aus der Internationalen Zusammenarbeit
- Seite 20
Neuerscheinungen

60 JAHRE GRUNDGESETZ

Deutschland feiert ein wichtiges Jubiläum: 60 Jahre Grundgesetz. Konrad Adenauer hatte es am 23. Mai 1949 als Präsident des Parlamentarischen Rats in Bonn unterzeichnet. Die Konrad-Adenauer-Stiftung würdigt den Jahrestag mit vielfältigen Veranstaltungen im In- und Ausland. In zahlreichen Ländern der Welt stößt das Grundgesetz, die deutsche Verfassungsrechtsprechung und Staatsrechtslehre auf großes Interesse. Der Stiftung bieten sich auf diese Weise vielfache Möglichkeiten, ihrem Auftrag der Demokratie- und Rechtsstaatsförderung nachzukommen.



Am Dialog im Konferenzsaal des Russischen Verfassungsgerichts nahmen über 50 Richter teil.

Im Mai 2009 veranstaltete die Konrad-Adenauer-Stiftung zum elften Mal in Folge den jährlichen Rechtsstaatsdialog zwischen der obersten Richterschaft Russlands und Deutschlands. Die Richter und Präsidenten der obersten Gerichte beider Staaten hatten sich vom 20. bis 24. Mai in St. Petersburg zusammengefunden, um dort im Verfassungsgericht der Russischen Föderation zu tagen. Dieses war erst im vergangenen Jahr von Moskau in die Stadt an der Newa umgezogen.

Dorthin hatte der Präsident des russischen Verfassungsgerichts, Valerij Sorkin, die Teilnehmer eingeladen. Die Bedeutung dieser Einladung kann nicht hoch genug eingeschätzt werden; sie ist zweifellos auch ein Ausdruck der Anerkennung der russischen Seite für den Beitrag der Konrad-Adenauer-Stiftung zur Verständigung zwischen Russland und Deutschland – und zur Förderung einer rechtsstaatlichen Entwicklung in Russland.

Fortsetzung auf Seite 3

LIEBE LESERINNEN UND LESER,



dieses Jahr feiert das deutsche Grundgesetz seinen 60. Geburtstag. Es war am 8. Mai 1949 durch den Parlamentarischen Rat verabschiedet worden, am 23. Mai 1949 trat es in Kraft.

Es wurde damals nicht als „Verfassung“ deklariert, um seine Vorläufigkeit zu betonen, solange die Deutschen im sowjetischen Machtbereich von freier Selbstbestimmung ausgeschlossen waren. Für den Westen Deutschlands wurde mit dem Grundgesetz dennoch ein festes Fundament für eine stabile, freiheitliche und rechtsstaatliche

Demokratie gelegt. Bis heute profitieren wir von den klugen und weitsichtigen Entscheidungen der Verfassungsväter. Gleichzeitig jährt sich der Fall der Berliner Mauer zum zwanzigsten Mal. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und Wohlstand strebten auch die Menschen in der DDR an, die vierzig Jahre lang unter der SED-Diktatur leben mussten. Ihr Mut und ihre Zivilcourage führten 1989 zum friedlichen Sturz des SED-Regimes – und letztlich zur deutschen Wiedervereinigung.

Am 12. Mai 2009 beging die Konrad-Adenauer-Stiftung ihren jährlichen „Tag der KAS“, der den beiden Jubiläen gewidmet war. Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel würdigte in ihrer Festrede vor über 1500 Gästen das Grundgesetz mit den Worten: „Wir haben eine der besten Verfassungen der Welt und die beste, die Deutschland je hatte.“ Merkel bemängelte aber auch die heute oft zu beobachtende Selbstverständlichkeit gegenüber den im Grundgesetz festgeschriebenen Werten. Für deren Erhalt sei es wichtig zu lernen, wieder für sie einzutreten und sich der eigenen Geschichte und Kultur bewusst zu sein.

Diese Selbstverständlichkeit steht in bemerkenswertem Kontrast zu dem Interesse, das unserer Verfassung in vielen Ländern der Welt entgegengebracht wird. Deutsche Expertise im Rechts- und Justizbereich wird aus zahlreichen Schwellen- und Entwicklungsländern Afrikas, Asiens, Lateinamerikas und Mittel-, Ost- und Südosteuropas sehr stark nachgefragt. Die unmittelbare Anwendbarkeit der Grundrechte und – um ein anderes Beispiel zu nennen – das Instrument der Verfassungsbeschwerde gelten vielerorts als vorbildlich. Von der präzisen Auslegungskultur des Karlsruher Bundesverfassungsgerichts verspricht man sich ebenso Anregungen und Lösungsmodelle wie von der stark spezialisierten und traditionsreichen deutschen Staatsrechtslehre.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung bemüht sich seit über 50 Jahren, dieser Nachfrage nachzukommen. Insbesondere hat sie zu diesem Zweck bereits vor 20 Jahren ein Rechtsstaatsprogramm aufgelegt, das inzwischen weltweit agiert. Ich freue mich, Ihnen anlässlich der beiden Jubiläen in der vorliegenden Ausgabe von KAS-INTERNATIONAL eine Auswahl unserer Arbeit aus diesem interessanten Themenbereich vorstellen zu dürfen.

Berlin, im Juni 2009

Dr. Gerhard Wahlers | Stellvertretender Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung



IMPRESSUM

Herausgeber

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Internationale
Zusammenarbeit
Klingelhöferstr. 23
D-10907 Berlin

Verantwortlich

Dr. Gerhard Wahlers

Redaktionsteam

■ Dr. Helmut Reifeld:
Gesamtkoordination
■ Laura Bierling:
Assistenz

■ Dr. Nino Galetti:
Medien, Energie und
Umwelt

■ Sabine Gerhardt:
Demokratie und
Entwicklung

■ Dr. Karsten Grabow:
Politischer Dialog

■ Dr. Angelika Klein:
Werte- und Religions-
dialog, Menschenrechte

■ Susanna Vogt:
Wirtschafts- und
Sozialordnung

■ Dr. Jan Woischnik:
Rechtsstaat

Kontakt über:

Vorname.Nachname@
kas.de

Gestaltung

SWITSCH
KommunikationsDesign,
Köln

Fotos

KAS,
Karin Schmidt/pixelio

© 2009

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.



Bundesverfassungsrichter Prof. Dr. Rudolf Mellinghoff (links) eröffnete die Tagung mit einem Vortrag zum 60-jährigen Jubiläum des deutschen Grundgesetzes. Neben ihm: Dr. Walter Jürgen Schmid, deutsche Botschaft in Russland, und Dr. Heidi Lambert-Lang, Richterin am Bundesgerichtshof a.D.

SCHWERPUNKTTHEMA

60 JAHRE GRUNDGESETZ

Fortsetzung
von Seite 1 ►

Über 50 Richter der obersten Gerichte Deutschlands und Russlands nahmen teil, darunter die Präsidenten des Bundesverwaltungs-, Bundesarbeits- und Bundessozialgerichts sowie des Bundesfinanzhofs, außerdem Richter des Bundesverfassungsgerichts und des Bundesgerichtshofs. Auch von russischer Seite war die Konferenz hochkarätig besetzt. So waren die Präsidenten des Verfassungsgerichts, des Obersten Wirtschaftsgerichts sowie des Obersten Gerichts der Russischen Föderation zugegen.

Eröffnet wurde die Konferenz mit dem Vortrag des deutschen Verfassungsrichters Rudolf Mellinghoff zum 60. Jahrestag des Grundgesetzes. Er würdigte die deutsche Verfassung als erfolgreiche Grundlage für die freiheitlich-demokratische Gesellschaftsordnung in Deutschland. Im Anschluss erläuterte der St. Petersburger Gastgeber und Präsident des Russischen Verfassungsgerichts Valerij Sorkin Probleme bei der Umsetzung der Verfassung in der Russischen Föderation. Im Vorfeld der Konferenz hatte sich Sorkin mit dem russischen Präsidenten Dimitri Medwedjew getroffen. Dabei hatte er diesem auch die Zielsetzung der deutsch-russischen Richterkonferenz erläutert.

Bild rechts: Der Vorsitzende des Verfassungsgerichts der Russischen Föderation, Valerij Sorkin (rechts), im Interview. Links Dr. Lars Peter Schmidt, Leiter des Auslandsbüros in Russland mit einem Dolmetscher (Mitte).

ben mit seinen Räumen für die Tagung, das zwanglose Beisammensein und das persönliche Gespräch der ideale Rahmen für diesen ersten Gedankenaustausch. Und zugleich hatte Wendgräben mit seiner relativ jungen Geschichte den passenden *genius loci*: Bis zum Ende des 2. Weltkrieges im Eigentum der Familie von Wulffen, wurde es unter der sowjetischen Besatzung enteignet, war zu DDR-Zeiten eine Sonderschule mit Internat und wurde schließlich – nach der Wiedervereinigung und dem Versuch der Restitution – von der Konrad-Adenauer-Stiftung erworben.



Hauptthema der Fachtagung war der 60. Geburtstag des deutschen Grundgesetzes. Auf der Agenda standen ferner Themen zur gerichtlichen Regelung von sozialen Aspekten, die mögliche Entlastung von Gerichten durch außergerichtliche Streitschlichtungen (Ombudsmann-Verfahren), rechtliche Rahmenbedingungen für Arbeitskämpfe und die Institutionalisierung von politischen Parteien in Russland aufgrund der Rechtsprechung des Verfassungsgerichts der Russischen Föderation.

Die Idee eines deutsch-russischen Dialogs geht auf das Jahr 1998 zurück. Die Richter der obersten Gerichte Deutschlands und Russlands sollten zu einem offenen, intensiven Meinungsaustausch zusammengebracht werden. Als Stätte der Begegnung wurde das östlich von Magdeburg gelegene Schloss Wendgräben, die damals neu eröffnete Bildungsstätte der Konrad-Adenauer-Stiftung, ausgewählt. Der Ort hätte nicht besser sein können: Einsam am Rand eines ausgedehnten Waldgebietes gelegen war Schloss Wendgrä-

Spätere Treffen wurden angesichts der räumlichen Nähe zu zweien der höchsten deutschen Gerichte, dem Bundesverfassungsgericht und dem Bundesgerichtshof, in Baden-Baden nahe Karlsruhe durchgeführt.

In vielen Themenbereichen konnten seitdem Annäherungen erreicht werden. Nahezu unüberbrückbar erscheinen die Differenzen indes immer noch auf dem Gebiet der internationalen Rechtshilfe, namentlich, was die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen betrifft. Wenn beispielsweise die deutsche Justiz die Anerkennung eines russischen Urteils mit der Begründung versagt, die Gegenseitigkeit sei nicht gewährleistet, und ihr auch die entsprechende Zusage des Präsidenten des Obersten Wirtschaftsgerichts der Russischen Föderation als keine ausreichende Grundlage für eine positive Prognose erscheint, ist die Politik aufgefordert, auf diplomatischem Weg eine Lösung zu finden – sonst droht in einem wichtigen Bereich der internationalen Rechtshilfe der Stillstand. Das kann sich keiner der beiden Staaten wünschen.

SCHWERPUNKTTHEMA



Staatsminister a.D. Heinz Eggert MdL in Riga

60 JAHRE GRUNDGESETZ – VERANSTALTUNGEN IN BALTIKUM

Der sechzigste Jahrestag der Verabschiedung des Grundgesetzes bot auch in den Baltischen Ländern Anlass zum Feiern. Gemeinsam mit der Universität Tartu und der Universität Riga lud die Stiftung Politiker und Rechtsgelehrte aus Estland, Lettland und Deutschland am 15. und 22. Mai zu entsprechenden Veranstaltungen ein. Insbesondere die estnische Verfassung von 1992 hat eine starke Inspiration durch das deutsche Grundgesetz erfahren. Ebenso genießt die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts hohe Aufmerksamkeit unter den Verfassungsrechtlern in den Baltischen Ländern. So stießen beide Veranstaltungen, an denen u.a. der frühere sächsische Staatsminister Heinz Eggert MdL und der estnische Europaabgeordnete Tunne Kelam teilgenommen haben, auf großes Interesse bei Politik und Wissenschaft.

ÄGYPTEN: WERBUNG FÜR GRUNDRECHTE



Wie das deutsche Grundgesetz garantiert auch die ägyptische Verfassung den Schutz der Grund- und Menschenrechte. Die Rechtspraxis sieht allerdings oft anders aus. Mangelnde Kenntnisse, fehlende Infrastruktur sowie soziale und politische Hindernisse stehen einer Verwirklichung

der Grundrechte gerade in den ländlichen Regionen des Landes oft im Weg. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat den 60. Jahrestag des Grundgesetzes zum Anlass genommen, um in unterschiedlichen Veranstaltungen in allen Landesteilen Ägyptens für die Wahrnehmung verfassungsmäßig verankerter Grundrechte zu werben. In Kairo klärte eine Vorlesungsreihe Studenten über Menschenrechte auf und forderte mehr studentisches Engagement. Im Nildelta wurde auf mehreren Workshops für Lokalpolitiker für die Wahrnehmung politischer Partizipationsmöglichkeiten geworben. In Oberägypten schließlich standen die Themen Frauenrechte und politische Teilhabe von Frauen im Vordergrund.



Der Fall der Berliner Mauer:
Die deutsche friedliche Revolution und die folgenden zwei Jahrzehnte

Eine Dokumentation ausgewählter Vorträge dieser internationalen Konferenz, welche die Konrad-Adenauer-Stiftung in Israel in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für deutsche und europäische Studien an der Universität Haifa im Januar 2009 veranstaltete. Die Konferenz befasste sich mit der Bürgerrechtsbewegung in der DDR und der Grenzöffnung am 9. November 1989.

Bezug:
http://www.kas.de/wf/doc/kas_16586-544-1-30.pdf

60 JAHRE GRUNDGESETZ: GROSSES INTERESSE AUF DEN PHILIPPINEN

Einen Tag vor dem sechzigsten Jahrestag der Verabschiedung des Grundgesetzes durch den parlamentarischen Rat am 8. Mai 1949 fand eine Veranstaltung der KAS im Rahmen einer Vortragsreihe zu „60 Jahre Bundesrepublik Deutschland“ im Obersten Gerichtshof in Manila statt. Gastredner war Prof. Dr. Dr. Rudolf Dolzer von der Universität Bonn, ein weltweit geschätzter Verfassungsexperte und Herausgeber eines bekannten Kommentars zum Grundgesetz. Dolzer erläuterte, wie das Grundgesetz im besetzten Deutschland nach Weimarer Republik und Nazidiktatur entstand und die Grundlagen für die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland legte. Sein Vortrag behandelte wichtige Teilaspekte wie Grundrechte, Föderalismus, Rolle der Parteien, Parlamentarismus und die Rolle des Bundesverfassungsgerichts. Der Präsident des Gerichtes, Chief Justice Reynato S. Puno, hatte Dolzer ausdrücklich gebeten, Konzept und Rolle des Verfassungsgerichtes vorzustellen und die Wechselwirkungen zwischen Verfassungsgericht und Politik zu erörtern. Rund 600 Richter, Anwälte, Verfassungsexperten, Wissenschaftler und Regierungsvertreter haben an den insgesamt vier Veranstaltungen teilgenommen.



V.l.: Dekan Raul Villaneuva, Juristische Fakultät, Xavier Universität, Richter Romulo Borja, Mindanao Berufungsgericht, Dekan Adrian Barba, Juristische Fakultät, Liceo Universität, Bürgermeister Constantino Jaraula, Stadt Cagayan de Oro und Prof. Dr. Dr. Rudolf Dolzer, Universität Bonn

Die Stiftung begleitet bereits seit einigen Jahren die philippinische Verfassungsreformdebatte. In diesem Zusammenhang sind insbesondere der deutsche Föderalismus sowie die starke Rolle von Parteien und der deutsche Parlamentarismus von Interesse. Auch die Idee eines Verfassungsgerichtes gewinnt zunehmend Anhänger. Viele philippinische Experten befürworten eine stärkere Spezialisierung von hohen Richtern, aber auch eine Reform der Ernennung der Richter, die sich mit Verfassungsfragen beschäftigen.



Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gehören zu den wichtigsten Zielen der internationalen Stiftungsarbeit.

RECHTSSTAAT

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 2. Regionalen KAS-Alumni-Meetings Südosteuropa – Fachbereich Jura – mit den deutschen KAS-Altstipendiaten, Dr. Günter Krings MdB, Dr. Thomas Markert und der Leiterin des KAS-Rechtsstaatsprogramms Südosteuropa, Dr. Stefanie Ricarda Roos.

ALUMNI-TREFFEN IN SÜDOSTEUROPA

Auf Einladung des Rechtsstaatsprogramms für Südosteuropa kamen vom 20. – 23. Mai 2009 in der montenegrinischen Küstenstadt Bečići 24 KAS-Alumni aus Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Rumänien und Serbien zusammen.

Das Grundgesetz diente in vielen dieser Länder als Vorbild bei den Verfassungsreformen. Dessen Entstehungsgeschichte und Struktur sowie aktuelle Herausforderungen wie die globale Finanzkrise und die Terrorismusgefahr stellte der auf Verfassungsrecht spezialisierte Justitiar der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Günter Krings MdB, dar. Krings ist selbst KAS-Altstipendiat. Er wies in seinem Vortrag Forderungen nach einer neuen deutschen Verfassung energisch zurück: Sie seien unverantwortlich. Es müsse, so Krings, vielmehr erst der Beweis angetreten werden, dass eine andere Verfassung die im Grundgesetz verankerten Werte umfassender schützen und den aktuellen Herausforderungen besser standhalten könne.

Über die Verfassungsreformen in Südosteuropa sprach der KAS-Altstipendiat Dr. Thomas Markert, stellvertretender Generalsekretär der Venedig-Kommission des Europarates. Er begleitet diese Reformen und gestaltet sie aktiv mit. Sein Vortrag stieß bei den Alumni auf großes Interesse und löste eine rege Diskussion aus. Dr. Markert zog am Ende des Ehemaligen-Treffens mit der Bemerkung positiv Bilanz, dass Diskussionen gerade auch über die Verfassungen und Verfassungsreformen in Südosteuropa unter jungen Eliten dringend nötig seien. Denn sie zeigten, dass westeuropäische Werte in der Region angekommen seien.

Die Förderung junger Menschen, die zur Elite eines Landes von morgen gehören könnten, stellt seit den Anfängen der internationalen Arbeit eine zentrale Stiftungsaufgabe dar. Wichtiges Instrument der Elitenförderung ist neben der Vergabe von Stipendien an besonders begabte Studierende die Nachkontaktpflege zu ehemaligen KAS-Stipendiatinnen und -Stipendiaten. Das Rechtsstaatsprogramm Südosteuropa unterstützt die Bemühungen der Stiftung in diesem Bereich mit eigenen Maßnahmen für junge Juristen aus Südosteuropa, die mit einem KAS-Stipendium in Deutschland oder ihrem Heimatland Rechtswissenschaften studiert haben.

DEUTSCHLAND: FÜHRENDER PARTNER VIETNAMS IM RECHTSSTAATSDIALOG

Am 16. April 2009 haben der vietnamesische Justizminister Dinh Trung Tung und Staatssekretär Lutz Diwell aus dem Bundesjustizministerium in Hanoi ein Dreijahresabkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Rechts und der Justiz unterzeichnet. In den kommenden Jahren sollen demnach umfangreiche Ausbildungs- und Beratungsmaßnahmen zwischen deutschen und vietnamesischen Einrichtungen der Justiz und Rechtspflege durchgeführt werden. Das Abkommen stärkt die Funktion der Konrad-Adenauer-Stiftung als koordinierende Stelle. Seit 2007 hat die KAS auf Anregung des Auswärtigen

Amtes und des Bundesministeriums der Justiz ein Netzwerk von deutschen Institutionen aufgebaut, die Vietnam beim Aufbau eines modernen Rechtsstaats unterstützen. Dies ist auch eine Anerkennung der intensiven und erfolgreichen Arbeit der Stiftung auf dem Gebiet der Justiz- und Rechtsreformen in Vietnam.





TV-Auftritt in Soweto: Berichterstattung vor dem Wahllokal

IM SUCHER: SÜDAFRIKAS WAHLEN

Dass Seminare zur Wahlberichterstattung auch praxisnah sein können, führte das Medienprogramm Subsahara-Afrika gemeinsam mit der Deutschen Welle bei einem regionalen Workshop anlässlich der Präsidentschaftswahlen in Südafrika vor.

Nach Vorträgen zu Verfassung, Wahlsystem und Parteienlandschaft konnten die Radio- und Fernsehjournalisten aus Botswana, Uganda, Namibia, Tansania und Lesotho ihre neu erworbenen Kenntnisse direkt anwenden. Auf dem Programm standen etwa der Besuch einer Wahlkampfveranstaltung mit Nelson Mandela, die Besichtigung von Wahllokalen in Soweto oder die Auszählung der Wahlergebnisse im Hauptquartier der Wahlkommission. So hatten die Reporter



Helfer unterstützt Senioren an der Wahlurne

die Chance, die Arbeit des Korrespondenten zu üben und ihre Heimatmedien mit Beiträgen zu beliefern, die in allen fünf Ländern tagesaktuell ausgestrahlt wurden.

REGIERUNGSKOMMUNIKATION IN LATEINAMERIKA – EIN NEUES MODELL?



Ende April 2009 veranstaltete das Medienprogramm Lateinamerika in Quito (Ecuador) ein internationales Seminar zum Verhältnis zwischen Regierungen und Journalisten. Die angedrohte Schließung eines weiteren TV-Senders in Venezuela und die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Ecuador waren der aktuelle Anlass.

In einem ersten Schritt diskutierten die Teilnehmer die in Lateinamerika zu beobachtende Tendenz, dass die Regierungen die Rolle der Medien als demokratischer

„watchdog“ durch Direktansprache der Bevölkerung über Radio oder Fernsehen zunehmend umgehen. Angesichts von TV-Formaten wie „Aló Presidente“ von Venezuelas Präsident Hugo Chávez stellt sich die Frage, inwieweit diese ein neues „Modell“ der Regierungskommunikation darstellen.

Als Diskussionsteilnehmer hatte die KAS die ehemaligen Sprecher des mexikanischen Präsidenten Vicente Fox und des bolivianischen Präsidenten Evo Morales, Rubén Aguilar und Alex Contreras eingeladen. Sehr selbstkritisch zeigten sie auf, dass Haltung der Regierenden zu den Medien auch an der Qualität des Journalismus liege: Begrenze sich politische Berichterstattung auf billige Polemik und Polarisierung, stärke dies die Tendenz der Regierenden, sich angesichts gewachsener technologischer Möglichkeiten eigene Kommunikationswege mit der Wahlbevölkerung zu suchen.

In einem zweiten Schritt erarbeiteten die Seminarteilnehmer Empfehlungen, wie Journalisten diesem Phänomen entgegenwirken können. Diese werden Teil einer umfangreicheren Studie, die das Medienprogramm Lateinamerika zu diesem Thema derzeit erstellt.



Gruppenbild des ANN-Vorstands mit dem stellvertretenden Generalsekretär der KAS, Dr. Gerhard Wahlers (Mitte) und dem thailändischen Ministerpräsidenten Abhisit Vejjajiva (rechts daneben)

MEDIEN

10 JAHRE ASIA NEWS NETWORK (ANN)

Mit einer Konferenz über die globale Wirtschaftskrise und ihre Auswirkungen auf die Medien in Asien feierte die Konrad-Adenauer-Stiftung im März in Bangkok das zehnjährige Jubiläum des Asia News Network (ANN).

Thailands Ministerpräsident Abhisit Vejjajiva warnte in seiner Rede zur Eröffnung der Konferenz vor protektionistischen Strömungen in Südostasien. Gleichzeitig warb er für den bis 2015 geplanten Binnenmarkt der ASEAN-Staaten und bat um die Unterstützung der Medien. Nur sie seien in der Lage, die Menschen in den Mitgliedsländern über die Visionen und Ziele des gemeinsamen Wirtschaftsraums umfassend zu informieren. Während der anschließenden Diskussionsrun-

de mit hochrangigen Medienvertretern aus ganz Asien musste sich der Ministerpräsident kritischen Fragen zur Lage der Pressefreiheit in Thailand stellen.

Vor zehn Jahren war ANN von der Konrad-Adenauer-Stiftung mit dem Ziel gegründet worden, den Austausch von Medieninhalten aus und über die Asien-Pazifik-Region zu intensivieren und zu verstetigen. Der Leiter des Medienprogramms Asien ist in beratender Funktion ständiges Mitglied des ANN-Direktoriums. Während der vergangenen fünf Jahre hat Werner vom Busch diese Aufgabe betreut. Er wurde bei einer Jubiläumsfeier in Bangkok feierlich in den Ruhestand verabschiedet. Seine Nachfolge im ANN-Direktorium hat der neue Leiter des regionalen Medienprogramms, Paul Linnarz, angetreten.

JOURNALISTEN AUS WEISSRUSSLAND INFORMIEREN SICH ÜBER VERGANGENHEITSBEWÄLTIGUNG

Auf Einladung der KAS waren 15 unabhängige Journalisten aus Weißrussland Ende April für fünf Tage in Deutschland, um sich über den deutschen Umgang mit der Vergangenheit zu informieren und Stätten der Erinnerungskultur in Berlin und Brandenburg zu besuchen.

Repressionen des sowjetischen Regimes aus dem öffentlichen Diskurs auszuklammern.

Die KAS versucht, dieser Entwicklung mit einer aktiven Informations- und Bildungsarbeit für unabhängige Journalisten entgegenzuwirken. Entsprechend stand die Rolle der Medien bei der Aufarbeitung der Vergangenheit in Deutschland im Mittelpunkt des Seminars.



Stolperstein in Berlin-Mitte

Das Interesse an der historischen Aufarbeitung in Deutschland ist bei unabhängigen demokratischen Akteuren in Weißrussland groß. Denn im eigenen Land ist die staatlich gelenkte und ideologisch kontrollierte Geschichtspolitik ein Instrument

der gezielten Beeinflussung und Manipulation der Bevölkerung. Unter dem seit 1994 autoritär regierenden Präsidenten Lukaschenko versucht eine aktive Staatspropaganda, die Stalin-Zeit zu glorifizieren und die

Gespräche mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Arnold Vaatz MdB, dem medienpolitischen Sprecher der CDU im Landtag Brandenburg, Wieland Niekisch, oder dem Chefredakteur der Potsdamer Neuesten Nachrichten, Michael Erbach, verdeutlichten Schwerpunkte und politische Intentionen der Aufarbeitungsdebatte nach der Wiedervereinigung in Deutschland. Prof. Dr. Susanne Freund von der Fachhochschule Potsdam und Dr. Petra Hausteil vom brandenburgischen Wissenschaftsministerium stellten Konzepte zur historischen Bildungsarbeit vor, darunter das Projekt der „Stolpersteine“, das ein wichtiges und von den Medien viel beachtetes Element der Erinnerungskultur in Brandenburg von 1933–1990 ist.

Der politische Dialog dient dem Meinungsaustausch, der Friedenssicherung und schafft Voraussetzungen für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit.

POLITISCHER DIALOG



PLURALISMUS FÖRDERN

„Al-Wasatia“ – das Wort bedeutet „Mäßigung, Ausgewogenheit“ – versteht sich als moderate islamische Alternative zu politischen Gruppierungen in den Palästinensischen Autonomiegebieten und arbeitet schon lange mit der KAS in Ramallah zusammen. Eines der Hauptziele von „Al-Wasatia“ besteht darin, die Vereinbarkeit des Islam mit universellen Vorstellungen von Toleranz und Demokratie in Politik umzusetzen. Im März 2009 fand ihre dritte Jahrestagung statt. Mehr als 170 Mitglieder, Freunde und Interessierte, darunter religiöse Würdenträger, Lehrer, Anwälte und Journalisten aus allen Altersgruppen und Teilen der Palästinensischen Autonomiegebiete nahmen daran teil. Dabei betonten sie die Bedeutung von Frieden und die Notwendigkeit des Dialogs aus islamischer Perspektive sowie der Eindämmung von politischem und religiösem Extremismus im Sinne einer wehrhaften Demokratie.

KAUDER IN KOREA



Volker Kauder (rechts) mit dem Landesbeauftragten der KAS für Korea, Marc Ziemek.

Vom 15. bis 17. April 2009 besuchte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder MdB, die Republik Korea. Schwerpunktthemen waren die politische Situation in Korea und die Finanz- und Wirtschaftskrise. In Zusammenarbeit mit der Deutschen Botschaft organisierte die KAS Gespräche mit Premierminister Han Seung-soo, dem Sprecher der Nationalversammlung, Kim Hyong-oh, sowie den Fraktionsvorsitzenden der Grand

National Party. Des Weiteren fanden Gespräche mit Vertretern von Partnerorganisationen der KAS in Korea statt.

DER KAS-VORSITZENDE ZU BESUCH IN BUENOS AIRES

Im Rahmen einer Mitarbeiterkonferenz der KAS in Lateinamerika traf der Vorsitzende der Stiftung, Prof. Dr. Bernard Vogel, mit dem argentinischen Vizepräsidenten Julio Cobos, der gleichzeitig Präsident des Senats ist, zusammen. Das Gespräch konzentrierte sich auf die politische Zukunft Argentiniens und auf die grundsätzliche Problematik der Beziehungen zwischen Exekutive und Legislative. Zu weiteren Gesprächen traf Prof. Vogel den Regierenden Bürgermeister von Buenos Aires, Mauricio Macri (rechts im Bild), mit dessen Partei PRO die Konrad-Adenauer-Stiftung die Zusammenarbeit seit 2005 intensiviert hat, sowie Vertreter der argentinischen Bischofskonferenz.



RUNDER TISCH ZUR PRÄSIDENTSCHAFTSWAHL IN KOLUMBIEN

Gemeinsam mit ihrem Partner Corporación Pensamiento Siglo XXI hat die KAS eine Gesprächsreihe initiiert, bei denen Präsidentschaftskandidaten für die Präsidentschaftswahlen 2010 ihr Programm vorstellen. Gast der ersten Runde war der ehemalige Landwirtschaftsminister und Präsidentschaftskandidat der Konservativen Partei, Andrés Felipe Arias Leyva, der betonte, wie wichtig es sei, der sozialen Gerechtigkeit größere Bedeutung beizumessen. Die

Veranstaltung stieß in der Öffentlichkeit auf reges Interesse. Verschiedene Medien berichteten darüber, unter anderem der Fernsehsender RCN.



Der Landesbeauftragte der KAS für Kolumbien, Prof. Dr. Stefan Jost, Andrés Felipe Arias Leyva, und der Präsident der Corporación Pensamiento Siglo XXI, Hernán Beltz Peralta (v.l.).



Der kolumbianische Vizepräsident Francisco Santos

EUROPA IN LATEINAMERIKA

Auf Initiative der Fundación Revel und mit Unterstützung der KAS fand Anfang Mai 2009 in Bogotá das Euromodelo Joven des Europäischen Parlaments, der EU-Kommission und des Europarats statt. Mit dieser Veranstaltung soll das Verständnis kolumbianischer Jugendlicher für die Grundlagen und Funktionsbedingungen der Europäischen Integration und ihrer Institutionen geschaffen und die Bedeutung eines demokratischen Institutionengefüges sowie einer Debatten- und Parlamentskultur verdeutlicht werden. Mehr als 400 Jugendliche aus verschiedenen Städten Kolumbiens nahmen an dieser praktischen Übung teil. Die Fundación Revel schlägt für das Jahr 2010 die Schaffung einer „Catedra Europa“ in den Schulen Kolumbiens und Lateinamerikas vor, mit der die politische Bildung in Fragen der europäischen Wertvorstellungen, des Humanismus und der Demokratie institutionalisiert werden soll.

ZEITGESCHICHTLICHE FORSCHUNG IN MEXIKO

Die Interpretation der eigenen Geschichte darf nicht anderen allein überlassen werden, wenn man Verzerrungen und Uminterpretationen vermeiden will. Darin waren sich die Teilnehmer eines Kongresses einig, der im März 2009 mit dem ehemaligen Staatspräsidenten Mexikos, Vicente Fox Quesada, in dessen Centro Fox (CF) in Guanaajuato stattfand. Angela Keller-Kühne vom Archiv für Christlich Demokratische Politik (ACDP) der KAS diskutierte mit Vertretern des CF über die Bedeutung zeitgeschichtlicher Forschung und Archivierung. Bereits 2008 hatten sowohl Bibliotheksverantwortliche des CF als auch der KAS-Partnerpartei PAN auf Einladung der KAS das ACDP besucht, um Anregungen für die eigene Arbeit zu erhalten.



Angela Keller-Kühne (rechts) mit Vicente Fox Quesada und Dolmetscherin Katrin Wolffssohn.

60 JAHRE NATO: SICHERHEITSPOLITISCHE TAGUNG IN BANGKOK

Anlässlich des 60. Jahrestags der NATO veranstaltete die KAS im April 2009 eine Tagung in Bangkok, bei dem die Rolle des Bündnisses in der sicherheitspolitischen Ordnung des 21. Jahrhunderts diskutiert wurde. Der stellvertretende Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages, Dr. Karl A. Lamers MdB (Foto), der Direktor des NATO Defense College, Dr. Karl-Heinz Kamp, und der Staatssekretär



im thailändischen Verteidigungsministerium, General Vaipot Srínual, erörterten vor mehr als 100 hochrangigen Militärs aus Thailand globale Sicherheitsrisiken, Gefahren des Terrorismus sowie die Rolle der NATO.

EHRENDOKTORWÜRDE FÜR BERNHARD VOGEL

In Anerkennung seiner Verdienste um die Stärkung der Beziehungen zwischen Israel und Deutschland sowie der Europäischen Union erhielt Prof. Dr. Bernhard Vogel, Ministerpräsident a. D. und Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, am 25. Mai 2009 den Grad eines Doktors der Philosophie ehrenhalber der Ben-Gurion Universität des Negev. In der Begründung der Ehrendoktorverleihung wurde das langjährige Engagement der KAS in Israel gewürdigt.



Ausgewählte Veranstaltungen

KAS-PANORAMA



LATEINAMERIKA

- 13 V. Regionalseminar zu Fragen der Rassendiskriminierung und Polizeigewalt**
Montevideo, 17. Juli 2009
- 4 Soziale Marktwirtschaft Seminar**
San José, 4. August 2009
- 6 XVI. Verfassungsrichtertreffen Lateinamerika**
Cartagena,
7.–10. September 2009
- 2 I. Forum Zentralamerika-Europa**
Guatemala-Stadt,
10.–11. September 2009
- 1 Die Rolle des Unternehmertums im modernen Mexiko**
El papel del empresariado en el México moderno
Seminar
Chihuahua, 22. September 2009
- 6 Parlamente und Parlamentsberatung in Lateinamerika**
Fachtagung
Bogota, 5.–7. Oktober 2009
- 12 6. Internationale Sicherheitskonferenz Forte de Copacabana**
Ein Dialog Europa – Südamerika
Rio de Janeiro,
12.–13. November 2009

EUROPA UND NORDAMERIKA

- 27 20 Jahre Grenzdurchbruch – Paneuropa Frühstück**
Sopron, 19. August 2009
- 30 Grundwerte für demokratische und rechtsstaatliche Politik – 15 Jahre Konrad-Adenauer-Stiftung in der Ukraine**
Kiew, 11.–12. September 2009
- 22 20 Jahre Fall der Mauer – Erinnerungskultur in Mittel- und Osteuropa**
Riga, 12.–13. September 2009

AUSLANDS- UND VERBINDUNGSBÜROS DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG | **LATEINAMERIKA** 1 Mexiko, Mexiko-Stadt (Auslandsbüro) 2 Mexiko, Mexiko-Stadt (Auslandsbüro) 3 Mexiko, Mexiko-Stadt (Auslandsbüro) 4 Kolumbien, Bogotá 5 Ekuador, Quito (Auslandsbüro und Regionalprogramm Politische Partizipation Indigenas) 6 Peru, Lima 7 Bolivien, La Paz (Auslandsbüro und Regionalprogramm Politische Partizipation Indigenas) 8 Uruguay, Montevideo (Auslandsbüro und regionales Rechtsstaatsprogramm Lateinamerika Süd) 9 Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm Politische Partizipation Indigenas) 10 Brasilien, Brasília (Auslandsbüro und Regionalprogramm Politische Partizipation Indigenas) 11 Brasilien, Rio de Janeiro (Auslandsbüro und Regionalprogramm Politische Partizipation Indigenas) 12 Brasilien, Rio de Janeiro (Auslandsbüro und Regionalprogramm Politische Partizipation Indigenas) 13 Brasilien, Rio de Janeiro (Auslandsbüro und Regionalprogramm Politische Partizipation Indigenas) 14 Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm Politische Partizipation Indigenas) 15 Mexiko, Mexiko-Stadt (Auslandsbüro) 16 Spanien, Madrid 17 Italien, Rom 18 Estland, Tallinn 19 Lettland, Riga 20 Litauen, Vilnius (Auslandsbüro und Verbindungsbüro für Weißrussland) 21 Sankt Petersburg 22 Ukraine, Kiew 23 Rumänien, Bukarest (Auslandsbüro und regionales Rechtsstaatsprogramm Südosteuropa) 24 Bulgarien, Sofia (Auslandsbüro und regionales Rechtsstaatsprogramm Südosteuropa) 25 Albanien, Skopje | **SUBSAHARA-AFRIKA** 26 Senegal, Dakar 27 Ghana, Accra 28 Benin, Cotonou (Regionalprogramm Politischer Dialog Westafrika) 29 Nigeria, Abuja (Regionalprogramm Politischer Dialog Westafrika) 30 Nigeria, Abuja (Regionalprogramm Politischer Dialog Westafrika) 31 Nigeria, Abuja (Regionalprogramm Politischer Dialog Westafrika) 32 Nigeria, Abuja (Regionalprogramm Politischer Dialog Westafrika) 33 Nigeria, Abuja (Regionalprogramm Politischer Dialog Westafrika) 34 Nigeria, Abuja (Regionalprogramm Politischer Dialog Westafrika) 35 Nigeria, Abuja (Regionalprogramm Politischer Dialog Westafrika) 36 Nigeria, Abuja (Regionalprogramm Politischer Dialog Westafrika) 37 Mosambik, Maputo 38 Malawi, Lilongwe 39 Simbabwe, Harare 40 Republik Südafrika, Johannesburg (Auslandsbüro und Regionalprogramm Politischer Dialog Westafrika) 41 Tunesien, Tunis 42 Ägypten, Kairo 43 Israel, Jerusalem 44 Autonome Gebiete Palästinas, Ramallah 45 Jordanien, Amman 46 Türkei, Ankara 47 Usbekistan, Taschkent (Auslandsbüro und Regionalprojekt Zentralasien) 48 Afghanistan, Kabul 49 Pakistan, Islamabad 50 Indien, Neu Delhi 51 Indonesien/Ost-Timor, Jakarta 52 Kambodscha, Phnom Penh 53 Malaysia, Kuala Lumpur 54 Singapur (3 Regionalprogramme: Politik, Medien und Rechtsstaat) 55 Indonesien/Ost-Timor, Jakarta



o und regionales Rechtsstaatsprogramm Lateinamerika Nord) **2** Guatemala, Guatemala-Stadt **3** Nicaragua, Managua **4** Costa Rica, San José **5** Venezuela, La Paz **10** Chile, Santiago de Chile **11 12** Brasilien, Fortaleza und Rio de Janeiro (Auslandsbüro und Regionalprogramm Soziale Ordnungspolitik Lateinamerika) **15** USA, Washington **16** Großbritannien, London **17** Belgien, Brüssel (Europabüro) **18** Frankreich, Paris **24** Polen, Warschau **25** Tschechische Republik, Prag **26** Slowakische Republik, Bratislava **27** Ungarn, Budapest **28 29** Russische Föderation, Moskau und St. Petersburg (Auslandsbüro und regionales Medienprogramm Südosteuropa) **33** Kroatien, Zagreb **34** Bosnien und Herzegowina, Sarajevo **35** Serbien, Belgrad **36** Republik Madagaskar, Antananarivo **40** Nigeria, Abuja **41** D.R. Kongo, Kinshasa **42** Sudan, Yei **43** Uganda, Kampala **44** Tansania, Dar Es Salam **45** Kenia, Nairobi (Auslandsbüro und regionales Medienprogramm und Regionalprogramm Medien) **50** Namibia, Windhuk | **NORDAFRIKA/NAHOST** **51** Marokko, Rabat (Regionalprogramm Politischer Dialog und Regionalprogramm Medien) **58** Georgien, Tiflis (Auslandsbüro und Regionalprogramm Südlicher Kaukasus) **59** Abu Dhabi, Vereinigte Arabische Emirate **60** Kasachstan, Astana **66** VR China, Peking und Shanghai **67** Mongolei, Ulan Bator **68** Republik Korea, Seoul **69** Philippinen, Manila **70** Vietnam, Hanoi **71** Thailand, Bangkok

DEMOKRATIE UND ENTWICKLUNG

10 JAHRE DEMOKRATIE
IN NIGERIA

Ein Emir kommt selten allein – jedenfalls wenn die KAS in Nigeria einlädt. Zwar spielen die traditionellen Herrscher in der Verfassung keine offizielle Rolle, in der politischen und sozialen Wirklichkeit aber genießen sie im islamischen Norden des Landes oft mehr Vertrauen als die gewählten Politiker. Auch in religiösen und moralischen Fragen. So wurde die KAS-Reihe „Nigerian Moral Religious Leaders Forum“ ins Leben gerufen, in deren Rahmen dieses Frühjahr über fünfzig mit Turbanen „gekrönte“ Häupter drei Tage lang diskutierten, welchen Beitrag sie zur Stabilisierung der Demokratie Nigerias leisten können.

+ + + KURZMELDUNG + + +

Verwaltungsseminar für lokale Verwaltungskräfte

Vom 4. bis 8. Mai wurden 21 Verwaltungskräfte aus der Region Afrika/Nahost durch das Team Finanz- und Projektverwaltung geschult. Zentrale Themen waren Neuerungen im Haushaltsrecht sowie die Anwendung weiterentwickelter Abrechnungs- und Verwaltungsinstrumente, damit weiterhin eine hohe Qualität der Projektverwaltung in den Auslandsbüros sowie die umfassende Umsetzung aller mit dem Einsatz von öffentlichen Mitteln erforderlichen haushaltsrechtlichen Bestimmungen gewährleistet ist.



Teilnehmer des Ausbildungslehrgangs mit Auslandsmitarbeiter David Robert

AUSBILDUNG FÜR
ZIVILGESELLSCHAFT

Das Verhältnis zwischen Exekutive, Legislative und Judikative ist in der Region Westafrika noch häufig unausgewogen – die Gewaltenteilung damit eingeschränkt. Umso wichtiger ist das wachsame Auge der Zivilgesellschaft. Dieses wird von der KAS gemeinsam mit der Partnerorganisation „SOS Civisme“ im Rahmen eines in diesem Frühjahr gestarteten dreijährigen Ausbildungszyklus mit rund 40 Teilnehmern aus der Region Westafrika gefördert. Die Vertreter der Zivilgesellschaft sollen anschließend die ihnen zugedachte Kontrollfunktion über staatliche Strukturen besser wahrnehmen können. Die ebenfalls vermittelten didaktischen Grundlagen der Erwachsenenbildung sollen es den Teilnehmern zudem ermöglichen, das Erlernete nach Ende der Ausbildung weiterzugeben.

DYNAMISCHE
VERFASSUNGSENTWICKLUNG
IN MOSAMBIK

Mosambik gab sich seit seiner Unabhängigkeit im Jahr 1975 bis heute drei Verfassungen: Mit der Reform von 1990 wurde aus dem sozialistischen Einparteiensystem ein Mehrparteiensystem, dessen demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien im Jahr 2004 weiter vertieft wurden. Im April diesen Jahres präsentierte die Konrad-Adenauer-Stiftung gemeinsam mit der lokalen Nichtregierungsorganisation „Governance and Development Institute“ und in Kooperation mit der schwedischen Botschaft feierlich das erste Buch zur dynamischen Verfassungsentwicklung. Bei der Feier zugegen waren unter anderem der schwedische Botschafter, der designierte Präsident des Verfassungsgerichts sowie zahlreiche Abgeordnete und Juristen.



Buchpräsentation im Zeichen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

„Demokratie ist nicht immer eine Sache von einsamen Entscheidungen, sondern in der Regel ein Geschäft der Meinungsbildung vieler.“

(Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, in einem Interview mit der Berliner Zeitung vom 7. November 2007)

DEMOKRATIE UND ENTWICKLUNG

G8-AFGHANISTAN-PAKISTAN-INITIATIVE: DIE ROLLE DER ZIVILGESELLSCHAFTEN

Im April 2009 gelang es dem KAS-Auslandsbüro in Islamabad erneut, Vertreter Afghanistans und Pakistans über die Rolle der Zivilgesellschaft miteinander

Teilnehmer des Seminars in Islamabad. In der Bildmitte der KAS-Landesbeauftragte für Afghanistan und Pakistan, Dr. Babak Khalatbari.



ins Gespräch zu bringen. Das Seminar sollte die bilateralen Beziehungen fördern und die Vertreter der afghanischen wie auch der pakistanischen Zivilgesellschaft effizienter in die regionalen Stabilisierungsinitiativen einbinden. Der Austausch von Parlamentariern, Führern religiöser und ethnischer Gruppen, Verwaltungsangestellten, Medienvertretern und Studenten sowie die Errichtung von Universitätslehrstühlen sollen nach dem Wunsch der Teilnehmer Schwerpunktthemen einer künftigen bilateralen Kooperation darstellen. An der Veranstaltung nahm auch der afghanische Minister Prof. Dr. Rahman Ashraf teil, der für seine Verdienste im Wiederaufbauprozess von Bundespräsident Horst Köhler diesen März mit dem Bundesverdienstkreuz mit Stern am Band ausgezeichnet wurde.

KRISENMANAGEMENT UND KATASTROPHENVORSORGE IN ÄGYPTEN



Politiker für Prävention. V.l.n.r. Dr. Magued Osman, Leiter des Information Decision Support Center des ägyptischen Kabinetts; Adly Hussein, Gouverneur von Qalyubiya; Yahia Abdel Magid, Gouverneur von Sharqiya.

Vergangenes Jahr suchten eine Reihe von Naturkatastrophen, Bränden und Großunfällen Ägypten heim. Dabei zeigten sich auf Behördenseite Defizite bei Prävention und Management solcher Krisen und Katastrophen. Das ägyptische Kabinett bat deshalb die Konrad-Adenauer-Stiftung um Unterstützung beim Aufbau von entsprechenden Beratungskompetenzen. Die KAS Ägypten veranstaltete im April zusammen mit dem „Information and Decision Support Center“ (IDSC) des ägyptischen Kabinetts eine Fachkonferenz mit ägyptischen und europäischen Experten. Die Themenpalette reichte von der Verbesserung von Brandschutzmaßnahmen bis zum Aufbau eines Tsunami-Frühwarnsystems im Mittelmeerraum.

DAS PALÄSTINENSISCHE PARLAMENT WIEDERBELEBEN

Die KAS Ramallah und ihre Partnerorganisation MIFTAH setzen sich gemeinsam für eine Stärkung des Parlamentarismus ein. Die KAS unterstützt MIFTAH daher bei der Suche und Ausarbeitung von Lösungsvorschlägen zu Fragen des Wahlrechts, der parlamentarischen Geschäftsordnung und des Status von Abgeordneten. Im Frühjahr veranstalteten die Partner gemeinsam einen Workshop, in dessen Rahmen Abgeordnete des palästinensischen Parlaments, Regierungsvertreter, Juristen, Politikwissenschaftler und Repräsentanten wichtiger NRO über das neue Wahlrecht diskutierten. Lediglich vom Präsidenten erlassen steht es zwar auf wackligem Boden, ist aber eine wichtige Voraussetzung für Neuwahlen. Durch diese soll das Parlament wiederbelebt und seine Spaltung überwunden werden.



„An seinem 200. Geburtstag müßte Abraham Lincoln sich im Grabe umdrehen: Der große Befreier hat die Sklaverei nicht beendet. Sie ist lebendig und blüht – in der Gestalt des Menschenhandels, ein Verbrechen, das uns alle beschämt.“ (UNODC, Februar 2009, zum Geburtstag von Abraham Lincoln)

MENSCHENRECHTE

SCHWERPUNKTTHEMA: MENSCHENHANDEL – EIN ANGRIFF AUF DIE MENSCHENWÜRDE

Offiziell ist die Sklaverei weltweit abgeschafft. Doch das Geschäft mit der Ware Mensch floriert: Nie wurden so viele Menschen gehandelt wie heute – vor allem zur Ausbeutung durch Arbeit oder Prostitution.

„Moderne Sklaverei“ ist ein eklatanter und für das 21. Jahrhundert beschämender Angriff auf die Menschenwürde. Menschenhandel ist Menschenverachtung – und eine Gefahr für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Laut US-Außenministerium ist seine Bekämpfung „eine der größten Herausforderungen unserer Zeit auf dem Gebiet der Menschenrechte“.

Die KAS nahm sich dieser Herausforderung an. Am 22. April diskutierten in Berlin engagierte Politiker über die Ursachen des Menschenhandels, seine Folgen und Möglichkeiten der Bekämpfung. Die Bundestagsabgeordneten Erika Steinbach und Ute Granold sowie der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung im Auswärtigen Amt, Günter Nooke, forderten dazu auf, das Augenmerk auf die Profiteure zu richten: Wo keine Nachfrage ist, ist auch kein Ange-

+ + + KURZMELDUNG + + +



Zu einem Workshop über „Menschenrechte, universale Werte und ein friedliches Zusammenleben“ lud die KAS in Malaysia vom 13.–15. März 2009 nach Hulu Langat ein. Das Seminar fand

nicht nur unter muslimischen Geistlichen und Theologen, sondern auch bei weiblichen Gemeindegliedern regen Zuspruch. Dabei wurden vor allem die Inhalte der Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen besprochen und ihre Vereinbarkeit mit der islamischen Tradition.

bot. Helga Konrad, ehemalige OSZE-Sonderbeauftragte zur Bekämpfung des Menschenhandels, beklagte, das Thema habe „nicht die politische Priorität, die es haben sollte“.

Zum Diskussionsabend kam auch ein ganz besonderer Gast: Somaly Mam. Die Kambodschanerin ist selbst Opfer und eine der bekanntesten Kämpferinnen gegen sexuelle Ausbeutung. In einem eindringlichen Appell forderte sie dazu auf, sich dem Problem im Westen nicht zu verschließen und ihm durch Aufklärung entschlossen entgegenzutreten.

Somaly Mam (Mitte) und Bill Livermore (links), Geschäftsführer ihrer Stiftung. Erika Steinbach MdB (rechts), wünscht sich das „Flutlicht der Medien auf diesem Thema, denn wo dieses Flutlicht hinfällt, fühlen sich Freier und Menschenhändler unwohl!“



MENSCHENHANDEL – DIE SKLAVEREI DES 21. JAHRHUNDERTS

Menschenhandel ist ein globales Phänomen. Auch in Lateinamerika, besonders aber in Kolumbien, ist der Handel mit Menschen zu einem besorgniserregenden sozialen Problem geworden. Dazu veranstaltete die KAS am 17. April in Santa Maria (Kolumbien) ein Seminar.



Problematik, Reichweite und Erscheinungsweisen dieser Verbrechensform schilderten der Menschenrechtsexperte und Präsident des kolumbianischen Anwaltsvereins, Saul Emir Ramírez, sowie Carlos Andrés Péres Gallego, juristischer Berater des Projekts „Kampf gegen den Menschenhandel“ der Vereinten Nationen. Unter Beteiligung von Justitia et Pax diskutierten Richter und Ombudsmänner, Staats- und Rechtsanwälte, Universitätsprofessoren sowie Vertreter der Streitkräfte und der Polizei über die im kolumbianischen Strafgesetzbuch und den internationalen Abkommen festgelegten gesetzlichen Rahmenbedingungen. Beispiele aus der Praxis, diverse Statistiken und eine Studie des kolumbianischen Sozialgeographischen Instituts machten das bedrohliche Ausmaß dieses Verbrechens deutlich. Menschenhandel hat Dimensionen angenommen, die uns vergessen lassen, dass wir im 21. Jahrhundert leben.



„Der Dialog der Religionen und Kulturen führt nicht nur einen Dialog über Werte, sondern ist bereits ein Wert in sich selbst.“

(Sayyed Mohammed Ali Abtahi, Direktor des Instituts für Interreligiösen Dialog und ehemaliger Vizepräsident der Islamischen Republik Iran zur Eröffnung der Mittelmeerkonferenz 2009 der KAS Amman)

WERTE- UND RELIGIONSIALOG

SUCHE NACH GRUNDWERTEN IM INTERRELIGIÖSEN DIALOG

Die KAS Amman lud vom 25. – 27. April zu einer Konferenz über „Gemeinsame Grundlagen und universelle Werte in der Euro-Mediterranen-Partnerschaft – Herausforderungen und Möglichkeiten für den interkulturellen Dialog“ nach Nicosia, Zypern, ein.

Teilnehmer aus Europa, der arabischen Welt, Israel und dem Iran diskutierten über Grundwerte wie Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit aus der Sicht der drei abrahamitischen Weltreligionen. Das Verständnis von Rechtsstaat und Demokratie wurde dabei genauso beleuchtet wie Immigrations- und Integrationsfragen und der Wertewandel infolge von Globalisierung und Weltfinanzkrise. Neben Mohammed Ali Abtahi (s. oben) plädierten auch Markos Kyprianou, Außenminister der Republik Zypern sowie der ehemalige stv. CDU-Vorsitzende Christoph Böhr für einen effektiven Dialog der Religionen im Mittelmeerraum. Dieser, so der Grundtenor der Konferenz, sei nur auf der Grundlage der eigenen Identität möglich. Die Kenntnis des „anderen“ und gegenseitiger Respekt seien die besten Voraussetzungen für ein gelingendes Zusammenleben.

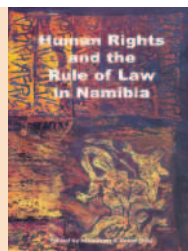
DIALOGPROGRAMM „KULTUR DES FRIEDENS“ IM SÜDKAVKASUS

Auf den Weg des interreligiösen Dialogs begab sich die KAS auch in Georgien und Armenien – gemeinsam mit Dr. Josef Homeyer, Bischof em. von Hildesheim.

Der Kaukasus ist nach wie vor von Spannungen geprägt, Krisenprävention und Konfliktbearbeitung bleiben eine Notwendigkeit. Sie erfordern einen konstruktiven politischen Dialog. Dieser jedoch setzt eine entsprechende politische Kultur voraus, der bestimmte Denk- und Verhaltensmuster im Wege stehen. Die Kirchen und Religionsgemeinschaften haben einen enormen Einfluss in der Region und das Potential, auf die Gesellschaft einzuwirken. Im Rahmen einer Reihe von Gesprächen galt es daher, ihre jeweiligen Repräsentanten, darunter die Patriarchen von Georgien und Armenien, in die Reflektion über eine „Kultur des Friedens“ einzubinden und für den interreligiösen Dialog zu gewinnen.



Dr. Josef Homeyer, Bischof em. von Hildesheim, mit Katholikos-Patriarch Ilja II von Ganz Georgien (Bild links) und Katholikos Karekin II von Armenien (Bild rechts).



Human Rights and the Rule of Law in Namibia
(2. Auflage)

Der Band untersucht die gegenwärtige Lage der Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte in Namibia. Die nun erschienene zweite Auflage ist um ein Vorwort von Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert ergänzt.



WERTE UND EUROPÄISCHE IDENTITÄT IN SIEBENBÜRGEN

„Europa im Wandel: Literatur, Werte und europäische Identität“ – diesem Thema spürte die KAS Anfang April 2009 in einer Stadt nach, die im Wandel der Geschichte eine – zutiefst europäische – Geschichte des Wandels auch selbst verkörpert: Hermannstadt.

Siebenbürgen sei immer schon Europa gewesen, erinnerte der Vorsitzende der KAS, Prof. Bernhard Vogel: Im zwölften Jahrhundert von deutschen Siedlern aus der Rhein-Mosel-Gegend gegründet, wurde die Stadt gemeinsam mit Luxemburg „Kulturhauptstadt 2007“, im Jahr des rumänischen EU-Beitritts. „Dieser Brückenbau ist ein Hoffnungszeichen für Europa“, so Vogel.

Teilnehmer aus dem Gastgeberland, aus Deutschland, Polen, Frankreich, Ungarn, Tschechien, Österreich, Bulgarien, der Slowakei, Lettland, Georgien und der Republik Moldau nutzten die Gelegenheit zum Dialog mit Politikern, u. a. dem rumänischen Kulturminister Theodor Paleologu und Europaminister Vasile Puscas, sowie zahlreichen Historikern und Germanisten. Vor einer „Ent-Wertung der Politik“ wurde gewarnt und aufgezeigt, welche Rolle Literatur und Kunst für die Vergangenheitsbewältigung und ein geeintes Europa spielten.

Besonderen Nachdruck gewannen die Gespräche durch Lesungen rumäniendeutscher Autoren wie Egnald Schlattner und Richard Wagner, Joachim Wittstock und Herta Müller. Vor allem Letztere erinnerte die Anwesenden daran, dass Gegenwart Vergangenheit braucht – und die Freiheit Europas keine Selbstverständlichkeit ist.

Bild oben: Prof. Bernhard Vogel mit dem rumänischen Präsidenten Traian Basescu, auf den er im Rahmen seines Rumänienbesuchs in Bukarest traf.

Nur die Rückbesinnung auf ein nachhaltiges und werteorientiertes Wirtschaften kann den Weg aus der aktuellen Krise weisen.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALORDNUNG

60 JAHRE BUNDESREPUBLIK – 60 JAHRE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

KOLLOQUIUM IM SENEGAL

Deutschland blickt auf 60 Jahre Soziale Marktwirtschaft zurück. Kann dieses Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell auch für andere Länder und Kulturkreise ein Leitbild sein?

Das KAS-Büro Senegal diskutierte diese Frage auf dem Kolloquium „Soziale Marktwirtschaft: Eine Erfolgsgeschichte und ein Vermächtnis an die Demokratie“ Anfang Mai 2009 in Dakar. Als deutsche Experten stellten Professor Hermann von Laer, Hochschule



Vechta, und Matthias Schäfer, Leiter des Teams Wirtschaftspolitik der KAS, die Grundlagen dieses Wirtschaftsmodells dar. Anschließend diskutierten Vertreter des senegalesischen Finanz- und Wirtschaftsministeriums, des Arbeitgeberdachverbandes sowie der École Nationale d'Administration mit rund 100 Gästen. Einen zentralen Referenzpunkt der Diskussion bildete die Frage, ob Elemente der Sozialen Marktwirtschaft auf den Senegal übertragen werden können. Dabei wurde vor allem die Rolle des Staates, des Unternehmertums sowie der Religion thematisiert. Hingewiesen wurde in diesem Zusammenhang auf die Kompatibilität der zentralen, letztlich aus der christlichen Soziallehre hervorgegangenen Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft mit den Werten des Islam, wie er im Senegal Anwendung findet.

Auf der Tagung wurden grundlegende Fragen des Wirtschaftssystems sowie Herausforderungen und Chancen für den Senegal in der Krise diskutiert. Um den Auswirkungen begegnen zu können sei die Einhaltung der Verpflichtungen durch die Geberstaaten und Mitverursacher der Krise nötig. Senegal kann als Anker der Demokratie im westlichen Afrika bezeichnet werden – seine Stabilität erlangt somit auch regionale Bedeutung.

Bild unten v.l.n.r.: Michael Moskow, ehemaliger Präsident der Federal Reserve Bank of Chicago, Steffen Kampeter MdB, haushaltspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Laurence Meyer, ehemaliges Direktoriumsmitglied der US Federal Reserve Bank, Klaus-Heiner Lehne MdB

TRANSATLANTISCHES KOLLOQUIUM ZUR FINANZKRISE

Den USA und Europa kommt bei der Bewältigung der Finanzkrise eine Führungsaufgabe zu. Aus diesem Grunde führte die KAS Ende April 2009 in Washington ein transatlantisches Kolloquium zum Thema „The Financial Crisis: Causes, repercussions, remedies“ mit rund 30 Politikern und Experten aus den USA, Großbritannien und Deutschland durch. Unter den Teilnehmern bestand Einigkeit, dass die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise nicht dem marktwirtschaftlichen System an sich anzulasten sei. Vielmehr hätten Regierungen, die Akteure auf den Finanzmärkten und auch die privaten Haushalte durch ihr Verhalten zur Krise beigetragen. Politiker und Experten hielten eine ver-

besserte Regulierung der Finanzmärkte für erforderlich. Die Regierungen müssten aber auch deutlich machen, dass staatliche Rettungsprogramme allenfalls für systemisch relevante Unternehmen wie große Banken und Versicherungen in Frage kämen und nicht auf ganze Wirtschaftszweige wie die Automobilindustrie angewendet werden könnten. Das Kolloquium wird im Herbst 2009 in Deutschland fortgeführt werden.





DIE ROLLE DES UNTERNEHMERS IN DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Ende März 2009 führte das Regionalprogramm Politischer Dialog Westafrika der KAS gemeinsam mit dem Parteienverbund Union des Partis Africains pour la Démocratie et le Développement (UPADD) eine Konferenz zum Thema „Die Rolle des Unternehmers in der Sozialen Marktwirtschaft“ durch. Der ehemalige Premierminister und Ehrenvorsitzende der togoischen Partnerpartei CAR, Yaowi Agboyibo, betonte, dass nur das System der Sozialen Marktwirtschaft angesichts der internationalen Finanzmarktkrise in der Lage sei, eine solche Situation zukünftig zu vermeiden. An der Konferenz nahm auch eine fünfköpfige Delegation der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU teil. Dabei wurde von deutscher Seite die Eigenverantwortlichkeit als Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung betont. Besonderes Interesse bestand bei den afrikanischen Teilnehmern am deutschen System der sozialen Sicherung. Auch die Regelung des Wettbewerbs durch Aufsichtsbehörden oder Kartellämter wurde ausführlich erörtert.

SOZIALE KOHÄSION IN EUROPA UND LATEINAMERIKA

Welche Voraussetzungen bestehen für den Zusammenhalt einer Gesellschaft? Dies war das Thema eines internationalen Fachgesprächs, zu dem die KAS Mitte April 2009 in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für technische Zusammenarbeit bei der Comisión Económica para América Latina y el Caribe (CEPAL) in Santiago de Chile eingeladen hatte. Als deutscher Experte war der Bundestagsabgeordnete Peter Weiß, Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales, eingeladen. Er berichtete von den positiven Erfahrungen mit dem europäischen Sozialstaatsmodell, das für Chancengleichheit und Solidarität stehe. Mit der Lisbon-Strategie schaffe die EU die Voraussetzungen für eine wirtschaftliche und soziale Weiterentwicklung und verringere dadurch Ausgrenzung und Armut. In Lateinamerika seien es hingegen die ungleiche Verteilung der Einkommen sowie der soziale Ausschluss, die einen besseren Zusammenhalt der Gesellschaft verhindern, so Martín Hopenhayn, Direktor der Abteilung für Soziale Entwicklung in der CEPAL.



Die Gruppe aus Lateinamerika gemeinsam mit dem Hauptgeschäftsführer des Landesverbandes der baden-württembergischen Industrie Wolfgang Wolf (Bildmitte).

LATINOS ZU GAST IN BERLIN UND IM „LÄNDLE“

Die aktuelle Weltwirtschaftskrise fordert das Modell der Sozialen Marktwirtschaft heraus. Über die Ansätze, die in Deutschland zur Lösung der Krise verfolgt werden, konnten sich Politiker, Unternehmer sowie Verbandsvertreter aus Chile, Kolumbien und Mexiko auf einer mehrtägigen Deutschlandreise informieren. In Berlin fanden hierzu Gespräche mit Vertretern aus dem Bundestag und dem Wirtschaftsministerium, den Spitzenverbänden von Arbeitgebern und Gewerkschaften sowie den Medien statt. Die Reaktion deutscher Unternehmen auf die Krise wurde bei einem Abstecher nach Stuttgart thematisiert.

+ + + KURZMELDUNG + + +

Unterstützung für die Soziale Marktwirtschaft

Der ehemalige ghanaische Präsident John Kufuor und der Leiter des KAS-Auslandsbüros Ghana, Klaus Loetzer, trafen im April 2009 zusammen um den Aufbau einer „John



Kufuor Foundation for Leadership and Social Market Economy“ abzustimmen. Die zu gründende Stiftung soll Ghana auf dem Weg zu sozialer Gerechtigkeit unterstützen.



UMWELTPOLITISCHER DIALOG MIT BRASILIEN

Anlässlich der 2010 in Brasilien stattfindenden Präsidentschaftswahlen wollen die „Democratas“, die Schwesterpartei der CDU in Brasilien, ein Parteiprogramm verfassen, in dem die Themenbereiche Umwelt, Energie und Klimaschutz an prominenter Stelle berücksichtigt sind.

Aus diesem Grunde trafen der Vorsitzende der „Democratas“, sein Stellvertreter sowie der Vorsitzende der Jugendorganisation Ende April auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Umweltexperten der CDU in Berlin zusammen. Die Gäste informierten sich über die Entstehung des 2007 verabschiedeten CDU-Grundsatzprogramms und die dabei geleistete Integration verschiedener politischer Strömungen und strategischer Interessen. Höhepunkt war ein Gespräch mit der baden-württembergischen Umwelt-

ministerin Tanja Gönner. Die Brasilianer ließen sich über aktuelle Entwicklungen in der deutschen Umweltpolitik unterrichten: dabei standen die Haltung der Bundesregierung und der CDU zu Biokraftstoffen und erneuerbaren Energien sowie zur Atomenergie im Mittelpunkt. Aber auch konkrete Fragen wie die Entsorgung von Elektroschrott, die Einführung einer CO₂-Steuer oder die Möglichkeiten umweltverträglichen Bauens diskutierten die Gäste mit der Ministerin. Beim anschließenden Besuch des Potsdamer Instituts für Klimafolgenforschung stellten zwei Wissenschaftlerinnen ihre neuesten Untersuchungen zu den Auswirkungen des Klimawandels auf das Amazonasgebiet vor. Die Brasilianer erinnerten daran, dass die Rettung der Regenwälder eine Aufgabe der Weltgemeinschaft sei und die Industrieländer sich ihrer Verantwortung stellen müssten.

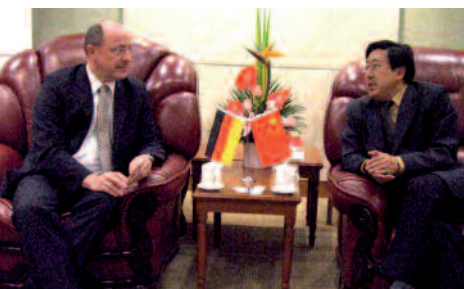
Führende Politiker der „Democratas“ Brasiliens trafen in Berlin mit der baden-württembergischen Umweltministerin Tanja Gönner zusammen. Unser Bild (v.l.n.r.): Hans Blomeier (Teamleiter Lateinamerika), Paulo Carvalho Filho (umweltpolitischer Berater), Antonio Indio da Costa (Vorsitzender der Jugendorganisation der „Democratas“ und stellvertretender Vorsitzender), Rodrigo Maia (Vorsitzender der „Democratas“), Tanja Gönner (Umweltministerin von Baden-Württemberg) José Carlos Aleluia Costa (Vorsitzender der Parteistiftung der „Democratas“), Nino Galetti (Referent Energie und Umwelt).

BERATUNG FÜR EXPO 2010 IN SHANGHAI

Shanghai bereitet sich auf die EXPO 2010 vor. Damit die Weltausstellung umweltfreundlich und nachhaltig gestaltet werden kann, greifen die Veranstalter auch auf deutsche Expertise zurück. Auf Einladung der KAS fand ein Fachgespräch zwischen dem Geschäftsführer

des Entsorgungsverbands Saar, Dr. Heribert Gisch, und dem stellvertretenden Leiter des Ressorts für Umweltschutz der Entwicklungskommission der Shanghaier Stadtregierung, Ni Qianlong, statt. Dabei

wurden Möglichkeiten zur Förderung ökologischer sowie wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Nachhaltigkeit von kommunalen Dienstleistungen besprochen. Die Experten diskutierten entsprechende, von der Lokalregierung bereits eingeleitete politische Maßnahmen vor dem Hintergrund deutscher Erfahrungen.



SENSIBILISIERUNG FÜR UMWELT IM SENEGAL

Der Senegal steht vor großen Umweltproblemen: die Wüsten breiten sich aus, die Flüsse versalzen zunehmend und die Atlantik-Küsten erodieren. Gleichzeitig zerstört eine Holzfäller-Mafia die letzten Sahelwälder, eine explodierende Verstädterung frisst die letzten unberührten Flächen und die Hausmüllentsorgung ist eine Herausforderung, der die Verantwortlichen bislang noch nicht Herr geworden sind. Auf Initiative der KAS haben Studenten der Journalismusschule der Universität Dakar diese Fragen aufgegriffen und eine umfassende Analyse der Umweltprobleme Senegals sowie Lösungsvorschläge erarbeitet. Ihre Texte wurden in einem Buch zusammengestellt, das Anfang März 2009 der Öffentlichkeit vorgestellt und diskutiert wurde.



Mit Projekten in über 100 Ländern engagiert sich die KAS weltweit für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit.

NEUIGKEITEN AUS DER INTERNATIONALEN ZUSAMMENARBEIT

NAMEN UND GESICHTER:



THOMAS BIRRINGER

- Baut ab Juni 2009 in Abu Dhabi ein neues KAS-Auslandsbüro auf
- Leitete zuvor das Auslandsbüro in Ramallah
- Kontakt: thomas.birringer@kas.de



FELIX DANE

- Ist ab August Leiter des Auslandsbüros in Ramallah
- War zuletzt Büroleiter von Jürgen Schröder MdEP
- Kontakt: felix.dane@kas.de



DR. WILLIBOLD FREHNER

- Baut ab Juni 2009 in Tirana ein neues KAS-Büro auf
- War zuvor u. a. Auslandsmitarbeiter in Indonesien, Guatemala, Mexiko, Vietnam und den Philippinen
- Kontakt: wilibold.frehner@kas.de



DR. WILHELM HOFMEISTER

- Übernimmt Mitte Juni 2009 das Regionalprogramm Politischer Dialog mit Sitz in Singapur
- Leitete die Auslandsbüros Chile und Brasilien
- Kontakt: wilhelm.hofmeister@kas.de



ANDREA OSTHEIMER

- Übernimmt Mitte Juni 2009 die Leitung des multinationalen Entwicklungsdialogs im Europabüro Brüssel
- War zuvor Landesbeauftragte der KAS in Südafrika und in der DR Kongo
- Kontakt: andrea.ostheimer@kas.de



CHRISTIAN STEINER

- Übernimmt im Juli 2009 das Rechtsstaatsprogramm Lateinamerika mit Sitz in Mexiko
- Ist Rechtsanwalt und war am Verfassungsgerichtshof von Bosnien und Herzegowina tätig
- Kontakt: christian.steiner@kas.de



TINKO WEIBEZAHL

- Übernimmt ab August 2009 die Leitung des Auslandsbüros in der DR Kongo
- War zuletzt wissenschaftlicher Mitarbeiter im Deutschen Bundestag
- Kontakt: tinko.weibezahl@kas.de



Stipendiaten treffen Merkel

Für den nordkoreanischen Jura-Studenten Kim Un Nam (2.v.l.) gab es zum 33. Geburtstag eine besondere Überraschung: Bundeskanzlerin Angela Merkel gratulierte ihm persönlich. Gemeinsam mit 13 Studenten aus Europa, Asien und Lateinamerika, die derzeit dank eines KAS-Stipendiums in Deutschland studieren, war Kim für vier Tage nach Berlin eingeladen, um einen Einblick in das politische System der Bundesrepublik zu erhalten und am 12. Mai, dem „Tag der KAS“, das 60-jährige Jubiläum des Grundgesetzes zu feiern.

Papst Benedikt XVI. im Heiligen Land

Die KAS Israel unterstützt im Rahmen des interreligiösen Dialogs Treffen einer gemeinsamen Kommission aus hochrangigen Vertretern des Vatikan und des Obersten Rabinats des Staates Israel. Diese Treffen fanden in einer sehr guten und konstruktiven Atmosphäre statt.

Aus Anlass des Besuches von Papst Benedikt XVI. im Heiligen Land veröffentlichte die KAS Israel jetzt Erklärungen, auf welche sich die gemeinsame Kommission jeweils nach den Treffen geeinigt hatte.

Die Publikation wurde während des Papstbesuches verteilt, um so zu einer guten Atmosphäre während des Besuches und zum zukünftigen Dialog beizutragen. Während des Besuches hatte Dr. Lars Hänsel, Auslandsmitarbeiter der KAS in Israel, Gelegenheit, den Papst zu begrüßen.





AUSGEWÄHLTE NEUERSCHEINUNGEN AUS DER HAUPTABTEILUNG **INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT**



INTERETHNISCHE BEZIEHUNGEN IN SÜDOSTEUROPA

Ein Bericht zur Lage in Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Kroatien, Mazedonien, Montenegro und Serbien. Welche Rolle spielt Ethnizität und ethnische Zugehörigkeit in den Bereichen Staat und Verfassung, EU-Integration und Nachbarschaftsbeziehungen, Parteien und Parlament, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Sprache, Bildung, Kultur, Medien und Wirtschaft? Hierauf gibt die soeben erschienene Publikation eine ebenso aktuelle wie kundige Antwort. ■ **Bezug:** <http://www.kas.de/wf/de/33.16274/>



RULE OF LAW

Rechtsunsicherheit und Korruption sind die größten Hemmnisse für eine demokratische Entwicklung Kambodschas. Der Band analysiert die Situation auf dem Gebiet des Rechts und der Justiz und legt die Grundprinzipien rechtsstaatlichen Handelns aus der Sicht kambodschanischer Politiker und Rechtsexperten dar. Zugleich gibt er konkrete Empfehlungen für Reformen.

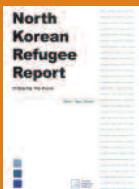
■ **Bezug:** http://www.kas.de/wf/doc/kas_16756-544-2-30.pdf



MONITORING REGIONAL INTEGRATION IN SOUTHERN AFRICA - YEARBOOK VOL. 8

Das achte Jahrbuch zur Regionalintegration im Südlichen Afrika bietet wichtige Informationen zu Stand und Entwicklung der regionalen Integration in der Südafrikanischen Entwicklungsgemeinschaft (SADC). Darüber hinaus soll die Publikation zum thematischen Diskurs anregen.

■ **Bezug:** http://www.kas.de/wf/doc/kas_16110-544-2-30.pdf



NORTH KOREAN REFUGEE REPORT

Seit 2006 unterstützt die Konrad-Adenauer-Stiftung in Südkorea zusammen mit ihren koreanischen Partnerorganisationen die Integration nordkoreanischer Flüchtlinge durch politische Bildungsmaßnahmen und Mentorenprogramme. Mit dieser Publikation macht die KAS auf das Schicksal der nordkoreanischen Flüchtlinge in Südkorea aufmerksam.

■ **Bezug:** kas@kaskorea.org



JOINT STATEMENTS

Aus Anlass des Besuchs von Papst Benedikt XVI. im Heiligen Land veröffentlichte die KAS in Israel diese Publikation. Sie enthält gemeinsam verfasste Papiere, die in der Kommission „Vatikan – Delegation Israels im Vatikan für die Beziehung zur Katholischen Kirche“ entstanden sind.

■ **Bezug:** http://www.kas.de/wf/doc/kas_16428-544-1-30.pdf (in Hebräisch und Englisch)



IM DIALOG MIT JUDEN WELTWEIT

Die Broschüre diskutiert zum einen die Bedeutung und die strukturellen Schwerpunkte des Dialogs mit Juden. Zum anderen werden konkrete Projekte und Initiativen vorgestellt, die seitens der KAS in Israel und dem Nahen Osten, in den USA oder in Europa in den vergangenen Jahren realisiert worden sind.

■ **Bezug:** <http://www.kas.de/wf/de/33.16820/>



JENSEITS DER MILLENNIUMSZIELE:

WERTEORIENTIERUNG FÜR DIE KÜNFTIGE ENTWICKLUNGSPOLITIK

Die Leitfrage dieses Bandes bildet das Spannungsverhältnis zwischen der notwendigen doppelten Orientierung jeder Entwicklungspolitik an Werten einerseits und nationalen Interessen andererseits. Alle Autoren plädieren dafür, die Bedeutung einer entwicklungspolitischen Werteorientierung, unabhängig von den Millenniumszielen, nicht aus dem Blick zu verlieren. ■ **Bezug:** http://www.kas.de/wf/doc/kas_16619-544-1-30.pdf